

Christopher Vogt, MdL
Vorsitzender

Anita Klahn, MdL
Stellvertretende Vorsitzende

Oliver Kumbartzky, MdL
Parlamentarischer Geschäftsführer

Nr. 421/ 2018
Kiel, Mittwoch, 5. Dezember 2018

Bildung/ Grundgesetzänderung
gestoppt

Christopher Vogt: Der Digitalpakt darf nicht von der GroKo gegen die Wand gefahren werden

Zur Entscheidung der 16 Ministerpräsidenten, den Vermittlungsausschuss anzurufen, um über die Grundgesetzänderung zum Digitalpakt Schule zu verhandeln, erklärt der Vorsitzende der FDP-Landtagsfraktion, Christopher Vogt:

„Der zwischen der GroKo und FDP und Grünen geeinte Digitalpakt muss schnellstmöglich beschlossen werden, damit die Digitalisierung der Schulen endlich vorankommt. Das jahrelange Gezerre zwischen Union und SPD war ja nun wahrlich kein Ruhmesblatt. Umso unverständlicher ist es, dass die Haushaltspolitiker der GroKo den Digitalpakt nun nutzen wollen, um die Finanzbeziehungen zwischen Bund und Ländern völlig unnötig zu verkomplizieren.“

Es ist absolut richtig, dass die Bundesländer den Vermittlungsausschuss anrufen werden, um die geplante Regelung zu den zukünftigen Länderanteilen aus der Grundgesetzänderung wieder herauszustreichen. Es würde keinen Sinn machen, dass gerade die finanzschwachen Länder im Zweifel nicht von Bundesmitteln profitieren können, weil sie den geforderten Eigenanteil nicht aufbringen können. Dies würde die Republik weiter spalten. Ich bin einigermaßen fassungslos, dass die Bundesregierung nicht bereits vor dem Beschluss im Bundestag mit den Ländern gesprochen hat, um schneller eine gemeinsame Lösung zu finden. Der Digitalpakt darf nicht von der GroKo gegen die Wand gefahren werden.

Der Bund muss seiner Verantwortung für eine Stärkung unserer Bildungslandschaft endlich nachkommen. Was wir nicht brauchen, sind eine Knebelung der Länder durch den Bund und kleingeistige Blockaden durch süddeutsche Ministerpräsidenten.“